

Deutschland.

Berlin, 27. September. Durch eine Circular-Berufung des Ministers des Innern vom 23. d. M. sind die Königl. Regierungen angewiesen worden, die Vorarbeiten zu den Landtagswahlen mit möglichst Beschleunigung betreiben zu lassen, damit die Wahlen in der Woche vom 20. bis 27. s. M. und die Wahlen der Abgeordneten acht Tage später erfolgen können. Im Verfolg dieser Wahlvorbereitungen ist auch eine neue Emanation zum Wahlreglement, namentlich eine Präcisierung des Reklamations-Verfahrens zu erwarten, sowie ein besonderes Reglement, die Gebäudesteuer betreffend. — Den „Hamb. Nachr.“ ist von Schleswig gemeldet worden, daß auf Wunsch der Schleswig-holsteinischen Vertrauensmänner die Bildung zweier Regierungen aufgegeben sei und auf Grund dieser Annahme wird auch wieder die Frage ventilirt, ob der Sitz dieser einen Regierung in Schleswig oder Kiel sein werde? Gutem Vernehmen nach ist der ursprüngliche, dem preussischen Verwaltungsmodus entsprechende Plan, je eine Regierung für Schleswig und Holstein zu bilden, noch nicht aufgegeben und die dagegen geltend gemachten Gründe sollen auch an sich von geringer Bedeutung sein. Eine Entscheidung dieser Frage ist bis jetzt überhaupt nicht erfolgt. Merkwürdig genug ist es, daß die alte Tradition vom Zweifelsministerium auch selbst in Bezug auf die Schleswig-holsteinische Verwaltungs-Organisation, wie überhaupt bei jeder Gelegenheit aufs Neue aufgewärmt wird. Eine Fortsetzung des pro et contra in Staats- und Regierungs-Angelegenheiten scheint man sich gar nicht mehr denken zu können, ohne die Erwägungen sofort zu personifiziren und die einen in der Person des Grafen Bismarck, die anderen in einem der anderen Minister sich verkörpert vorzustellen. — Wie hannoversche Blätter mittheilten, sollte Freiherr v. Vinde in einem dortigen Wahlkreise bei einer Nachwahl als Kandidat aufgestellt sein, und zwar mit Aussicht auf Erfolg. Daß diese berühmte und bewährte parlamentarische Kapazität einem Mann bei der Wahl unterlegen ist, dessen Parole: „keine neuen Steuern“ noch übereinstimmendem Urtheil politisch gebildeter Kreise nicht weniger als staatsmännische Gaben bekundet, erregt noch immer die Theilnahme der nichtradikalen Wähler. Nach eingegangenen Berichten sollen auch die widerrechtlichen Beeinflussungen, namentlich des Arbeiterstandes Seitens der Arbeitgeber im dortigen Wahlkreise so eklatant gewesen sein, daß die Staatsanwaltschaft Veranlassung gefunden habe, die Untersuchung einzuleiten. — Die Erhaltung der Landroststellen in Hannover wird mit als feststehend bezeichnet, und soweit deren Geschäftskreis mit dem der preussischen Regierungs-Kollegien nicht schon zusammenfällt, dürfte wohl durch Ausdehnung der Landroste-Kompetenzen und ihrer Arbeitskräfte, oder durch Zuteilung gewisser Funktionen an die höhere Behörde eine Ausgleichung erfolgen. — Der holsteinische Abg. Hänel hat mit Unrecht im Reichstag behauptet, daß erst durch den Prager Frieden die Abtretung nord-schleswigscher Distrikte an Dänemark überhaupt auf die Tagesordnung gekommen sei. Als Vertreter Holsteins hätte Herr Prof. Hänel wohl wissen sollen, daß selbst der Prinz von Ansburg die Abtretung nördlicher Distrikte für gewisse Eventualitäten zugestehen bereit gewesen und daß dessen Bevollmächtigter Dr. Schleiden darüber verhandelt hat; auch der jetzige Reichsanwalt Oesterreich, Herr v. Brust, hat im Bundesrat dahin gehende Vergleichsvorschläge für Dänemark proponirt. — Das Münchener Blatt „Neueste Nachrichten“ führt den Gegnern einer Verbindung mit dem norddeutschen Bunde, welche die Militärlasten gern als Agitationsmittel gegen diese Verbindung benutzen, recht treffend die Frage vor, welcher Kostenaufwand wohl nöthig sein würde, wenn Baiern nach dem Tröbelschen Programm die Neutralität und die Führerschaft in Süddeutschland wirklich durchzuführen entschlossen wäre? Es ist dies ziemlich dieselbe Erwägung, welche man überhaupt jedem Vergleich der zukünftigen Steuerlast mit den Zuständen vor 1866 in den nichtpreussischen Staaten vorführen muß. Die hochweisen Kalkulatoren, welche aus dem bevorstehenden höheren Militärbudget der norddeutschen Bundesstaaten den Schluß ziehen wollen, daß die alten Zustände, weil weniger kostspielig, hätten konsekrirt werden müssen, vergessen immer, daß diese Konsekrirung wegen vorgeschrittener Fäulniß der Staatsverhältnisse überhaupt nicht lange mehr möglich gewesen wäre. Eine Aenderung mußte früher oder später nothwendig eintreten, und daß die erfolgte Bildung des norddeutschen Bundes unter allen Eventualitäten die günstigste für Deutschland gewesen, hat wohl die Mehrtheit jetzt schon eingesehen!

Berlin, 27. September. Sr. Maj. der Kaiser ist heute früh nebst Gefolge per Expresszug von Baden-Baden über Konstanz nach der Insel Mainau abgereist. Die Abreise S. Majestät der Königin erfolgte gestern Mittags. Der Aufenthalt der Allerhöchsten Herrschaften auf der Mainau dauert bekanntlich bis zum 2. Oktober Morgens.

Nach einem Entwurf der Provinzialsynodalordnung sollen die Kosten, welche die Provinzialsynoden verursachen, aus den Kreis-synodalkassen bestritten werden. Es wird deshalb darauf Bedacht genommen werden müssen, letztere so auszustatten, daß sie zur Entrichtung jener Kosten im Stande sind. Es zeigt sich in dieser Beziehung das Verfahren einer Kreis-synode als empfehlenswert, welche die Tage- und Reisegehälter der aus ihrer Mitte zu den Provinzialsynoden zu entsendenden Personen veranschlagt, davon, da die Provinzialsynoden nur alle 3 Jahre zusammentreten ein Drittel pro Jahr in den Ausgaben der Kreis-synodalkassen ausgenommen und beschlossen hat, daß die hierzu erforderlichen Mittel von den einzelnen Kirchspielen nach Verhältnis der Seelenzahl aus den Kirchen-kassen gezahlt werden sollen.

Der Abgeordnete Harfort hat an das Bundeskanzleramt durch das Präsidium des Reichstages mehrere, die Marine betreffende Anfragen gerichtet, unter anderem verlangt er die Vorlegung

des Flottengründungsplans, falls ein solcher bereits vorhanden ist, eines Verzeichnisses der vorhandenen Kriegsschiffe, so wie derjenigen, welche zwar angekauft, aber noch nicht abgeliefert sind und einer Zusammenstellung der Kosten, welche durch die Hafenbauten an der Jade bereits entstanden sind und noch entstehen werden. Ferner wünscht er nähere Angaben über die Gesamtkosten des Panzerschiffes Wilhelm I. und des eisernen Docks.

Der verhältnismäßig geringe Betrag für militärische Neubauten in dem diesjährigen Militärbudget wird im Wesentlichen darauf zurückgeführt, daß sich die Baulichkeiten an Kasernen, Lazarethen etc. in den annectirten Ländern größtentheils im vortheilhaften Zustande befinden. Einzelne dieser Bauten, so namentlich die Kaserne in Wiesbaden, werden sogar als wirkliche Musterbauten bezeichnet. Nur die Eschbergshäuser machen in dieser Beziehung eine Ausnahme und es wird in den nächsten Jahren die Anwendung von Militärbauten sich für diese allerdings nicht unbedeutend herausstellen, dagegen stehen auch in Zukunft für Hannover, Kurhessen und Nassau so gut wie gar keine Forderungen dieser Art zu gewärtigen.

Obgleich sich in dem diesjährigen Marine-Etat keine Bausumme für den Hafenbau von Kiel ausgespart findet, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß mit nächstem Frühjahr dieser Bau auf's Thätigste in Angriff genommen werden wird, und die Ansätze dafür werden auf das nächste Budget übertragen werden. Die jährliche Quote an seefahrenden Mannschaften, welche die Küstenstaaten des norddeutschen Bundes zu der künftigen norddeutschen Marine zu stellen haben, wird auf zusammen 1030 Mann angegeben. Die Einberufung des ersten Jahrganges zur Stellung steht, wenn sie nicht bereits erfolgt ist, in diesen Tagen zu gewärtigen.

In militärischen Kreisen erwartet man zu Anfang Oktober ein umfangreiches Avancement in den höheren Offiziersrängen. Die in letzter Zeit zu Brigaden-Kommandeuren ernannten Obersten sollen sämtlich zu General-Majoren befördert werden.

Berlin, 27. Septbr. Norddeutscher Reichstag. 9. Sitzung (Schluß). Bundeskanzler Graf Bismarck wendet sich gegen die Resolutionen, welche die National-Liberalen eingebracht. Die rechtzeitige Vorlegung des Budgets liege in der Absicht der Bundesregierung. Aber einen bestimmten Termin für dieselbe schon heute festzusetzen, heiße sich frühzeitig die Hände binden. In Betreff der Resolutionen Nr. 2 und 3 werde der Bundeskommissar antworten und die technischen Schwierigkeiten anführen, die sich gegen dieselben anführen lassen. Mit der Resolution Nr. 4 könnte er sich ohne Weiteres einverstanden erklären, er könnte es sans phrase, wenn nicht die Aeußerungen, welche bei den Wahlprüfungen vorgekommen, ihm gezeigt hätten, daß der Reichstag der Ansicht sei, daß die Offiziere gleichfalls Beamte seien. Der Bundeskanzler ist der einzige verantwortliche Beamte des Bundes. Wie er sich mit seinen preussischen Kollegen stellen soll, kann ich nicht einsehen, daß dies zu bestimmen Sache des Reichstages ist. Die Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens wird überhaupt bald vom Handelsministerium getrennt und der dem Bunde angehörige Theil der Bundesverwaltung überwiesen werden. Der Rest wird dem Minister-Präsidenten unterstellt werden, da dieser gleichzeitig Bundeskanzler und somit eine einheitliche Verwaltung gleichzeitig geschaffen wird. Das große Maß kollegialischen Vertrauens im Ministerium ist ein wesentlicher Faktor für die Weiterführung der Geschäfte des Bundes und die Stelle eines Bundeskanzlers kann nur mit Erfolg von dem preussischen Ministerpräsidenten verwaltet werden. — Bundeskommissar Geh. Rath Günther giebt als Vorhändler des Rechnungs-Ausschusses die von dem Bundeskanzler angegebene Erklärung in Betreff der Resolutionen 2 und 3, bleibt aber auf der Journalisten-Tribüne unverständlich. Abg. Dunder wendet sich zunächst gegen die Militär-Verträge, welche der Verfassung widersprechen. Der Reichstag dürfe über diese Thatsache nicht hinweggehen und müsse bei diesem ersten Präcedens das verfassungsmäßige Recht wahren. In Betreff der Anstellung der Bundesbeamten habe der Bundeskanzler zugegeben, daß die Anstellung der oberen Beamten durch den Reichstag geschehen solle, in Betreff der Unterbeamten müsse aber dem Reichstage dasselbe Recht zustehen. Ebenso müsse dem Reichstage das Recht zugestanden werden, über die Einnahmen und Ausgaben der Post- und Telegraphenverwaltung zu bestimmen. Wenn Herr Twetten jetzt in seiner Rede Bewunderung und Bedenken ausgesprochen, daß die preussischen Minister nicht auch verantwortlich sind für ihre als Bundeskommissare fungirenden Beamten, so hätte er dies bei der Berathung der Verfassung vorbringen müssen, da war die Gelegenheit dazu. Da er dies nicht gethan, so kann ich ihm nur erwidern: er hat es so gewollt! Nur durch ein entschlossenes Fallentlassen aller auf preussische partikularistische Bestrebungen abzielenden Bestimmungen werden die süddeutschen Staaten zu sich heranziehen (Bravo; links). — Der Präsident theilt mit, daß die übrigen eingeschriebenen Redner ihre Meinungen zurückgezogen haben. Das Haus tritt demnach in die Spezial-Diskussion über die Anträge der Abgg. von Forckenbeck und Genossen und zwar zunächst über die 1. Resolution; dieselbe lautet: „Der Haushaltsetat des norddeutschen Bundes ist regelmäßig dem Reichstage spätestens sechs Monate vor Beginn des Etatsjahres zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorzulegen, damit die Feststellung des Bundeshaushalts-Gesetzes rechtzeitig erfolgen kann und den einzelnen Staaten die erforderliche Zeit zur rechtzeitigen Ordnung ihres Budgets verbleibt.“

Abg. v. Bethmann-Hollweg beantragt, die drei ersten Zeilen der Resolution so zu fassen: „Es erscheint erforderlich, daß der Etat des norddeutschen Bundes in der Regel dem Reichstage spätestens sechs Monate vor Beginn des Etatsjahres zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorgelegt werde.“

Abg. Twetten spricht sich dahin aus, daß es nicht in der Absicht der Antragsteller gelegen, eine kategorische Forderung an die Bundesregierung zu stellen. — Bundeskommissar Graf Bismarck: Dann hätte er gewünscht, daß auch diese Erklärung in der Resolution Ausdruck gefunden. — Abg. v. Bethmann-Hollweg befragt seinen Antrag, welcher eine Milderung der Fassung bezwecke. Bei der eventuellen Abstimmung wird das Bethmann-Hollweg'sche Amendement angenommen, in Verbindung mit der ursprünglichen Resolution aber nach mehrmaliger Abstimmung in einer namentlichen Abstimmung mit 99 gegen 99 Stimmen (da Stimmengleichheit) abgelehnt. Es folgt die Berathung der Resolution 2. Dieselbe lautet: „Etatsüberschreitungen und außeretatmäßige Ausgaben sind im Laufe des Jahres nach dem Etatsjahre, in welchem sie erfolgt sind, mit einer Uebersicht der wirklichen Einnahmen und Ausgaben dem Reichstag zur Beschlußfassung vorzulegen.“ Zu diesem Antrag stellen die Abgg. Ruge und Wiggers (Berlin) den Antrag: ihn zu streichen. Abg. Wiggers verteidigt diesen Antrag. Er halte diese Fassung für verfassungswidrig und gefährlich. Er wolle nichts als die Bundesverwaltung aufrecht erhalten und da nun einmal die Lücke da sei, so müsse man versuchen, sie zur Vermehrung der konstitutionellen Freiheiten zu verwenden. Er sehe es nicht ein, wozu man noch die Bundesregierung auffordere und es provociren soll, daß sie Etats-Überschreitungen und außeretatmäßige Ausgaben

machen solle. — Abg. Stavenhagen (Halle) beantragt, die Resolution so zu fassen: „Etatsüberschreitungen und außeretatmäßige Ausgaben sind nach Abschluß des Jahres, in dem sie erfolgt sind, dem dann versammelten oder dem nächsten Reichstage mit den Rechnungen vorzulegen.“ Er befragt seinen Antrag. Es könne nämlich der Fall eintreten, daß der Reichstag einberufen sei zu einer Zeit, in der die Rechnungen noch nicht abgeschlossen seien, darum müsse man das hier aussprechen, was die Resolution beabsichtige. Abg. Wiggers gebe zu, daß außeretatmäßige Ausgaben vorkommen können, wolle aber die Möglichkeit ignoriren, er könne den Zweck dieses Verfahrens nicht einsehen und trotz der von Herrn Wiggers ange-deuteten Gefahren werde er dafür stimmen. — Abg. v. Hennig: Der Antrag bezweckt die Uebertragbarkeit der Ausgaben, die außeretatmäßigen Ausgaben hängen mit dem Kontrollrecht der Bundesverwaltung zusammen. Es ist ganz nothwendig, daß Etatsüberschreitungen stattfinden und es liegt dies im Interesse der Bundesregierungen, sowie im Interesse des Hauses. Schließlich erklärt sich Redner, nachdem Nr. 1 der Resolution gefallen, für das Amendement des Abg. Stavenhagen. — Abg. Grumbrecht erklärt sich für den Antrag-Wiggers; jede außeretatmäßige Ausgabe ist eine Verletzung des Art. 69 der Verfassung. Nachdem noch der Abg. Wiggers seinen Antrag und der Abg. Lasker den Antrag Stavenhagen befragt worden, werden bei der Abstimmung sämtliche Anträge, auch die Resolution verworfen. Der Abg. v. Forckenbeck zieht mit Rücksicht auf die Erklärung des Bundeskanzlers die Resolution Nr. 3 zurück. Die Resolution Nr. 4, welche lautet: „Die Errichtung neuer Behörden oder Beamtenstellen, sowie die Erhöhung von Beamten-Gehältern darf nicht ohne vorgängige Bewilligung des Reichstages durch den Haushalts-Etat oder durch ein besonderes Kreditgesetz erfolgen“, wird nach kurzer Befürwortung durch den Abg. Lasker mit geringer Majorität angenommen. Hiermit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Das Haus beschließt, die Zahl der Mitglieder für das Gesetz über die Verschichtung zum Kriegsdienste auf 21 festzusetzen, der Präsident ordnet die Wahl derselben auf morgen früh 9½ Uhr in den Abtheilungen an, welche dann auch sogleich Wahlprüfungen vorzunehmen. Auf eine Anfrage des Abg. v. Hennig erklärt der Präsident des Bundeskanzler-Amtes, Delbrück, daß ein Gesetz über das Konsulatswesen im Bundesrathe in Berathung genommen sei, aber seine Vorlegung in den nächsten Tagen noch nicht zu erwarten stehe. Der Präsident beräumt die nächste Plenarsitzung auf morgen 10½ Uhr an und setzt auf die Tagesordnung die Kapitel 1-4 des Etats (Bundeskanzleramt, Bundes-Rath und Bundes-Ausschüsse, Reichstag und Bundes-Konsulate.) Schluß der Sitzung 2 Uhr 10 Minuten.

Frankfurt a. M., 24. September. In der heute Vormittags nach 10 Uhr eröffneten letzten Plenar-Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte folgte einigen geschäftlichen Mittheilungen ein trefflicher Vortrag des Dr. Geiger, Lehrers an der hiesigen israelitischen Realschule, über den Farbensinn der Urzeit und seine Entwicklung. Der Redner brachte eine Reihe geistreicher Bemerkungen zur Geschichte des Farbensinns und der Farben im Alterthume, woraus wir nur hervorheben wollen, daß sich der geschichtliche Fortschritt hierbei nach dem Schema des Farbenspektrums entwickelt, und daß es eine schwarz-rot-goldene Farbenepoche im höchsten Alterthume, entsprechend der Nacht, der Morgenröthe und der Sonne, gegeben habe. Der Redner beansprucht am Schluß seines mit verdientem Beifall aufgenommenen Vortrages einen gemeinsamen Boden für die Naturwissenschaft und die Sprachwissenschaft zur Arbeit an der Wissenschaft der großen und untheilbaren Natur.

Es ergriff nun der vorstehende zweite Geschäftsführer, Dr. Epley sen., das Wort zur Schlussrede. Er sagte u. A., während in gar manchen Kreisen des Vaterlandes noch politische Verstim-mung herrsche, selbst in Familienkreisen Unfriede und Streit, habe man auch für diese Versammlung Mißthone gefürchtet. Aber diese hätten die hebende und einigende Macht der Wissenschaft verkannt. Man habe sich einig gefunden in dem Gefühle, die Ehre der deutschen Wissenschaft zu wahren und zu fördern. (Beifall.) Diese Versammlung habe sich auch mehr dem Allgemeinen zugewendet, gewisser Maßen eine neue Aera begonnen, einen neuen Weg geöffnet durch Errichtung einer Sektion für öffentliche Gesundheitspflege; dadurch werde auch nach praktischer Einigung gestrebt. Auch dieser Versammlung könne man sich demnach von ganzem Herzen freuen. Die Krönung für alles dieses sei ein nach oben gerichteter Dank für die Erhaltung des Friedens. Möge er erhalten bleiben; dann würden bald die Wunden vernarben, die noch vielfach schmerzten. Der rüstige Forstbau an der deutschen Wissenschaft sei auch ein Bau für die Ehre, Größe und Macht des deutschen Vaterlandes. Der Redner schließt nach einem herzlichen Lebewohl und dem Wunsche auf ein glückliches und frohes Wiedersehen in Dresden. Die kräftigen und warmen Worte des Vorstehenden fanden lebhaftesten Beifall. Dr. Götsch aus Berlin ließ hierauf dem Danke der Fremden für die hier gefundene Freundlichkeit, Liebenswürdigkeit und Gastlichkeit einen sehr bereyten Ausdruck in längerer Rede, die, mit eigener Vorliebe beginnend, auch manchen schönen Spruch geistreich einverwebte. Folle und der Abschied schwer, meinte der Redner, so liege ein Trost darin: daß wir eine Wandergesellschaft seien und es somit heiße:

Wenn Freunde auseinandergehn,
So sagen sie: Auf Wiedersehn!

Dr. Götsch sagt schließlich den Dank in das Wort einer festen Ueberzeugung von Frankfurts glücklicher Zukunft zusammen und schließt mit einem Hoch auf die Stadt Frankfurt, ihr Blühen und Gedeihen. Lebhafteste Zustimmung. Heute Mittags versammelte eine Zahl noch Anwesender das letzte gemeinschaftliche Mittagessen, und ihm folgt um 4 Uhr eine gemeinsame Fahrt auf das Forsthaus, wofür die hiesige Ludwigsbahn Vorsorge getroffen.

Stuttgart, 27. September, Vormittags. Die Versammlung der liberalen Partei hat in einer Resolution die Erwartung ausgesprochen, die württembergische Volksvertretung werde den Zollvereinsverträgen und dem Schutz- und Trugbündniß zwischen Preußen und Württemberg ihre Zustimmung ertheilen. — Berichte aus dem Fürstenthum Hohenzollern melden, daß daselbst die Vorbereitungen zum Empfang des Königs von Preußen eifrig betrieben werden, besonders in den Städten Hechingen und Sigmaringen.

Ausland.

Wien, 27. September, Abends. Die „Wiener Abendpost“ kommt auf die Mittheilung der „Neuen freien Presse“ über die

angebliche Unterredung zwischen dem Kaiser von Rußland und Suad Pascha zurück und bemerkt, daß die Angabe, nach welcher von türkischer Seite ein Memoire über den Inhalt des Gesprächs übergeben sei, ebenfalls der Begründung entbehre.

Triest, 27. September, Mittags. Der fällige Lloyd-Dampfer „Minerva“ ist mit der ostindischen Ueberlandpost aus Alexandrien hier eingetroffen.

Florenz, 27. September. In Neapel haben gestern Demonstrationen unter dem Rufe: „Es lebe Garibaldi!“ stattgefunden; doch wurde der Aufmarsch leicht unterdrückt. Eine andere Demonstration gegen das französische Konsulat wurde durch Aufbieten der Kavallerie unterdrückt, wobei acht Verhaftungen vorgenommen worden sind. — Auch in Mailand sind gestern Demonstrationen durch Aufbieten von Truppen gestört worden, wobei 60 Verhaftungen stattgefunden haben. — In Palermo herrscht Ruhe. Die Aktionspartei hat erklärt, von jeder Bewegung absehen zu wollen, um der Bourbon'schen Partei jede Gelegenheit zu nehmen, Unruhen zu stiften.

Petersburg, 27. September, Nachmittags. Gutem Vernehmen nach hat der Sultan dem russischen Gesandten, General Ignatieff, vor dessen zweiter Reise nach Livadia mitgeteilt, die Pforte könne gegenüber der in der Türkei herrschenden öffentlichen Meinung in der landläufigen Angelegenheit nichts Anderes thun, als die Rechte der Kandidaten sowie die der übrigen in der Türkei lebenden Christen erweitern. — Ein Gesandter des Emir von Buchara, Muhamed Farissa, ist vom Sultan empfangen worden. Derselbe soll um Schutz gegen Rußland gebeten haben und diese Bitte vom Sultan zurückgewiesen worden sein.

Jassy, 18. September. Die Aufregung der Bevölkerung, welche durch die Mißhandlung des Redakteurs Lapescu hervorgerufen ist (derselbe wurde, wie bereits gemeldet, von Offizieren in einer Kunstrevolverbude meuchlings überfallen), dauert noch fort. Eine Volksversammlung, welche Genugthuung für den gewaltsamen Anfall auf einen Bürger verlangen sollte, wurde durch mehrere Mitglieder der höheren Aristokratie ziemlich beruhigt und zum Beschluß veranlaßt, daß eine Volksdeputation nach Bukarest gesandt werden sollte. Die Fürsten Konstantin Sugo und Gregor Sturdja und der Advokat Ugara wurden als Deputierte gewählt; ein Protokoll, welches noch während der Nacht nach der Volksversammlung mit Tausenden von Unterschriften bedeckt wurde, enthält eine Art von Ultimatum an die Regierung, der es auch von der Deputation überreicht werden sollte. Unter Anderem verlangt die Bevölkerung darin: Unverzügliche Absetzung des Obersten Lecca, des Polizeipräsidenten und seiner in die Affaire verwickelten Beamten, sowie der Offiziere, die den Anfall verübte; Einführung der Nationalgarde in Jassy; Wechsel der hier befindlichen Garnison; Entfernung sämtlicher walachischer Beamten aus dem Dienste in der Moldau. Das Militär ist und bleibt in den Kasernen consignirt; die Bevölkerung ist gespannt darauf, ob die Regierung sich zu einigen Konzessionen gegen die Moldau verstehen wird.

Vomnern.

Stettin, 28. September. Um die vom Magistrat gewünschte strenge Aufrechterhaltung der Marktordnung, besonders in Betreff des Beglans und Ende der Wochenmärkte, durchzuführen zu können, wird dem Vernehmen nach beabsichtigt, die Einrichtung einer besonderen Marktpolizei nach Berliner Muster zu beantragen, da die Kräfte der vorhandenen Exekutivbeamten sich als entschieden unzureichend ausgewiesen.

— Im gestrigen Audienstermine der Abtheilung für Strafsachen hier selbst wurde der Defonom Dorn zu Berlin als Mörder des Schiffes „Eberdorn“ zu einer Geldstrafe von 1 Tblr. verurtheilt, weil er es unterlassen, den Untergang dieses Schiffes beim See- und Handelsgericht rechtzeitig anzumelden.

— Soweit das Programm für die nächste am 1. Oktober c. beginnende Sitzungsperiode des Schwurgerichts festgestellt, kommen folgende Anlagen zur Verhandlung: Am 1. wider den Gärtner Karl Fr. Ziese aus Grünhof und wider die unverehelichte Friederike Louise Märten von hier, wegen schweren Diebstahls; am 2. wider den Arbeiter Aug. Wilh. Jds aus Selchow wegen ihm. Diebstahls und wider die Wittwe Regeler, geb. Schäfer aus Martin wegen Kindesmordes; am 3. wider den Hausknecht Job. Karl Heinrich Bartelt und den Zimmergesellen Chr. Fr. Bartelt, beide von hier, wegen schweren Diebstahls; am 4. wider den Hauptlehrer Haase von hier wegen Unzucht und wider die Arbeiter Aug. Rutenberg und Job. Laatsch aus Nadrense wegen schweren Diebstahls; am 5. wider die unverehelichte Giedeke und die sep. Brodmeyer, beide von hier, wegen Wechselfälschung, resp. Theilnahme daran; am 7. wider den Privatsecretär Karl Friedrich Wilh. Gabel von hier wegen Urkundenfälschung, wider den Arbeiter Johann Friedrich Laade aus Pyritz, wider die Aufwärterin Fr. Josephine Marie Gläser und wider den Kolporteur Kitzner von hier wegen schweren Diebstahls; am 8. wider die unverehelichte Aug. Louise Wilh. Rohloff von hier wegen schweren Diebstahls und die unverehelichte Handelsfrau Lobatz, geb. Solm, wegen Hehlerei; sowie wider den Arbeiter Carl August Kleble aus Garz a. D. wegen schweren Diebstahls; am 9. wider den Hilfsjäger Leopold Heinrich Bodrich aus Coblentz bei Pape-wall wegen schwerer Körperverletzung; am 10. wider den Brettschneider Ferd. Carl Wilh. Arndt und wider die unverehelichte Henriette Ulrike Wilhelmine Jürgens von hier wegen schweren Diebstahls; am 11. wider den Arbeiter Ernst Carl Albert Mirbach aus Finkenwalde wegen schweren Diebstahls.

— Vorgestern sind in Finkenwalde verschiedene von einem unbekanntem und bisher nicht ermitteltem Manne verkaufte Sachen, u. A. ein Stand Bettel, diverse Frauenkleidungsstücke, eine schwarz gefärbte Karre u. polizeilich in Beschlag genommen und einstweilen im dortigen Schulzenhofs asservirt. Möglicherweise rühren diese Gegenstände von einem kürzlich im benachbarten Dorfe Güstow verübten Diebstahle her.

— Beim Verhören des Schiffes „Trientje“ vom Vulkan nach Doll's Hof fiel gestern der Schiffstoch J. Tjaden in die Oder und ertrank. Die kurz nachher aufgefunden Leiche ist nach dem Krankenhaus geschafft.

— Der Maurergeselle Wilh. Wenzel kehrte gestern Nachmittag von seiner Arbeitsstelle (Neubau des Hebammen-Instituts in der Elisabethstraße) in seine Wohnung Kredowstraße Nr. 13 zu Neu-Torney zurück, ließ sich in Abwesenheit seiner Frau von einer

Mithewohnerin des Hauses Raffee öfhen und hat dieselbe demnächst unter dem Vorgeben, daß er sich unwohl fühle und schlafen wolle, ihn in seinem Zimmer einzuschließen und sein 3jähriges Töchterchen an sich zu nehmen. Dies geschah. Als Frau W. Abends um 8 Uhr in ihre Wohnung zurückkehrte und die Stubentüre öffnete, fand sie ihren Mann hinter der Thüre an der Pforte erhängt. Als Motiv des Selbstmordes werden Vorwürfe angenommen, welche W. von seinem Vetter auf der Baustelle wegen schlechter Arbeit erhalten hat. Er war sonst ein moralischer und in glücklichen Familienverhältnissen lebender Mann.

— Das Pferd des Herrn Nitz ist nicht, wie sich jetzt aufgeklärt hat, gestohlen, sondern hatte sich losgerissen und war aus dem Stalle in die Straßen gelaufen. Im Viktoriaplatz wurde es vom Wächter eingefangen und untergebracht.

— Vor einigen Abenden wurde von dem an Schmidt's Ausfall liegenden Schiffe Wilhelmine, Kapitän Puf aus Cammin, ein Diebstahl gestohlen. Am nächsten Morgen fand der Besondere in der Kajüte ein wahrscheinlich von dem Diebe zurückgelassenes Messer, er zeigte dies einem bei ihm beschäftigten gewesenen Arbeiter und dieser führte ihm wenige Stunden nachher einen Menschen zu, der sich als den Eigentümer des Messers und als Theilnehmer an dem Diebstahl bekannte, gleichzeitig aber anführte, daß der eigentliche Dieb und Besitzer des Diebnetzes der Polizeioberwacht Eduard Freiwald von Bredowmer Antheil sei. Letzterer war seit Entdeckung des Diebstahls aus seiner Wohnung verschwunden, das Diebnetz aber hatte er für 1 1/2 Tblr. bereits an eine Arbeiterfrau verkauft.

— Dem Klempnermeister Weibrecht in der Brettenstraße waren in letzterer Zeit aus seiner Werkstatt verschiedene Werkzeuge und ein neuer Zinkeimer gestohlen. In der Person des bei ihm beschäftigten gewesenen Gefellen Brandt ist nun der gesandige Dieb des Eimers ermittelt, das außerdem bei diesem vorgefundene Handwerkszeug will er dagegen von einer Wittve Vernau gekauft haben.

— Die schon wiederholt bestrafte unverehelichte Becker stahl aus der Wohnung der Frau Staben am Krautmarkt eine goldene Broche und ein Platteisen, versetzte beide Gegenstände beim Pfandleiher Cohn Zehden und wurde demnächst von dem Taxator und Buchhalter desselben als die Ueberbringerin dieser Gegenstände rekonnozt. Die B., welche bestrafungswürdig den Verfaß leugnet, ist verhaftet.

— Für die Fußtruppen der Armee wird vom Jahre 1868 ab eine veränderte Kragenform bei den Waffenröden in Gebrauch kommen. Aus Rücksicht auf die Bequemlichkeit soll der Kragen niedriger, als bisher, bei den Gardes mit einem schrägen Ausschnitt, dagegen für die Linientruppentheile in einer von der bisherigen wenig abweichenden, abgerundeten Form hergestellt werden. Die bisherigerigen Kragenpatten kommen in Wegfall und sollen zukünftig an deren Stelle Kragen von durchgehend farbigem Tuche treten.

Stepenitz, 26. September. (Dd.-Ztg.) Gestern Abend zwischen 6 und 7 Uhr brach in dem Stallgebäude der Pastorwohnung Feuer aus, welches mit solcher Schnelligkeit um sich griff, daß binnen einer halben Stunde der ganze Stall in Flammen stand und auch gänzlich niederbrannte. Als das Feuer bemerkt wurde, brannte es schon in drei verschiedenen Räumen. Die Entstehungsart ist unbekannt.

Naugard, 25. September. (Dd.-Z.) Am 19. d. Mts. Nachmittags 3 Uhr brach auf dem Boden des Tischlermeister A. Desreich auf unerklärte Weise Feuer aus und zerstörte das Wohnhaus bis auf das untere Stockwerk. Heute Vormittag brannte es wiederum auf dem Boden über der Werkstatt des Tischlermeister Kühn und wurden letzterem mehrere Hobelbänke und eine Menge Werkzeug und Vorratshölzer zerstört. Der Verlust trifft ihn um so härter, als er nicht versichert war. In beiden Fällen liegt muthmaßlich böswillige Brandstiftung vor.

Lauenburg i. N., 25. September. Am 24. d. Mts. erhängte sich der Gerbermeister Neumann von hier in einem 1/4 Meile von der Stadt entlegenen Walde, theils Nahrungssorgen, theils Familienzwistigkeiten wegen.

Stadt-Theater.

Stettin, 28. September. Wir hatten gestern die Hoffnung auf einen genussreichen Abend ausgesprochen; wir gestehen, daß die Aufführung uns nicht getäuscht, ja zum Theil unsere Erwartung übertroffen hat. Zwar war nicht alles nach Wunsch, aber „Kabale und Liebe“ kann von einer Provinzialbühne auch nur mit Mühe gegeben werden, da manche Rollen des Stückes zu den Schwersten gehören, keine aber so unbedeutend und klein ist, daß ein Verunglückter in ihr nicht auch das Ganze wesentlich stören müßte. Es fordert dies Trauerspiel daher eine ganze Fülle an tüchtigen Kräften, und kann wohl zum Probierstein dienen, was ein Theater zu leisten vermag. Um so mehr verdient es anerkannt zu werden, daß nichts Störendes in die Aufführung trat und das Ensemble so gut war, wie wir es noch selten hier gesehen haben.

Die Rolle, welche zum Gelingen des Ganzen am meisten beitragen muß, das Band des Stückes, um welches sich die einzelnen Scenen gruppiren, lag in den Händen des Herrn Goebel, der sich in die mannigfachen Schattierungen im Charakter des Ferdinand gut hineingefunden hatte. Der Künstler sparte seine Kraft, ohne indessen sein Spiel irgendwie matt werden zu lassen, bis sich wahrhaft erhaben der Kampf zwischen Liebe und Rindestreu im zweiten Akte gipfelte. Auch in den folgenden Akten kam der Sturm in der Brust Ferdinands in der Scene mit dem Hofmarschall zur vollen Erscheinung und fand der finstere Entschluß zur Vergiftung mit seinem Hin- und Herschwanke seine vollkommene Darstellung. Auch Herr Berthel als Präsident überraschte uns durch seine Leistung. Eben so stolz als rücksichtslos klug sahen wir diesen Kämpfer aus dem Zeitalter des 18ten c'est moi vor uns stehen. Es gelang dem Schauspieler die schwierige Aufgabe, dem Charakter eine solche Entschlossenheit und Würde zu geben, daß man, trotz dem Entsetzen vor seiner Schurkerei, ihm eine gewisse Achtung nicht versagen konnte. Man begriff, weshalb sein Sohn ihm verzeiht. Eben so gut, wenn nicht noch besser war Hr. Richter als Miller. Wir sahen ihn aus Liebe zu seiner Tochter bald zanken, bald poltern, bald bekümmert, bald alles ihremwegen vergessen, wir sahen dasselbe Motiv ihm Kühnheit gegen den Präsidenten eingeben. Dem schnellen Wechsel der Gefühle folgte das Spiel durchaus. Herr Freitag (Hofmarschall) entsprach seinem verdienten Rufe. Herr

Weidenkeller aber erschien uns selbst als Intriguant bisweilen zu ruhig.

Unter den Damen dagegen wollte uns Hr. Hilbach diesmal nicht so wie früher gefallen. Louise's Gesicht ist traurig, doch schien uns die Künstlerin hier etwas zu übertreiben. Die Braut Ferdinand's ist auch mutzig und stark, aber diese Seite schien uns nicht gehörig hervorgehoben. Nur die Scenen am Ende des zweiten Aktes, ferner die mit dem Sekretär und ihrem Vater am Anfange des fünften haben uns ganz gefallen. Durchgängig gut dagegen war die Lady Milford der Frau Hadn. Der Charakter war gut aufgefaßt, und, was bei weitem mehr sagen will, auch gut dargestellt. Der Stolz der Britin, der sie in Schmach gebracht, der sie wieder daraus retten möchte, der selbst durch die Entfremdung Ferdinand's nicht gebrochen werden kann, und erst durch die Größe des Opfers Louise's besiegt wird, zeigte sich ebenso wie die Großherzigkeit dieser edelmüthigen Dame. Die Scene mit Ferdinand und später mit dem Hofmarschall waren durchaus gelungen. Wir hoffen die Künstlerin noch recht oft in ähnlichen Rollen wieder zu sehen. Frau Helgel (Louise's Mutter) und Hr. Broda (Kammerdiener) befriedigten. Das Stück war mit Geschicklichkeit abgeführt, obgleich auch so noch später als gewöhnlich gespielt werden mußte.

Bermischtes.

Aus dem Kreise Plesch, 23. September. Gestern Morgen ist das dem Fürsten von Plesch gehörige Jagdschloß Paprozan niedergebrannt. Das Feuer verbreitete sich mit solcher Schnelligkeit, daß die Frau Fürstin, welche dort übernachtet hatte, in großer Lebensgefahr geschwebt haben soll. Die Versicherungssumme beträgt dem Vernehmen nach über 40,000 Tblr.

(Eingefandt.)

Kirchhofs-Angelegenheit.

Wie unsere Mitbürger wissen, ist unser allgemeine Kirchhof vor dem Königsthor nun bald durch Gräber gefüllt, und soll von Seiten des Magistrats und der Stadtverordneten ein neuer Begräbnißplatz geschaffen werden, weshalb der Magistrat bei den Stadtverordneten den Antrag gestellt, auf dem Nemper Felde einen allgemeinen Kirchhof anzulegen und die Mittel dafür zu bewilligen, da in der Stadtverordneten-Sitzung der Magistrat hervorhob, daß die Bürger der Stadt es mit Freuden begüßeln würden, eine halbe Meile entfernt von der Stadt einen Friedhof zu haben.

Hierauf müssen wir nun erwidern, daß der Magistrat über die Gesinnungen der Bürger ganz im Unklaren sich befindet, da, wenn eine Abstimmung hierin stattfinden sollte, 1/2 der Bürgerschaft gegen den Antrag zur Verlegung des Kirchhofes nach dem Nemper Felde stimmen würde, schon aus dem Grunde, da Niemand mehr die Gräber seiner Angehörigen besuchen kann, ohne durch große Widopfer dies auszuführen; ferner werden bei vorkommenden Sterbefällen die Unkosten des Begräbnisses um das Doppelte erhöht sein, da ein Wagen zur Begleitung des Leichenzuges gewiß nicht für 15 Sgr. nach dem Nemper Felde fahren wird und auch alle anderen Kosten im Verhältnis sich steigern werden.

Da nun in der ganzen Stadt eine allgemeine Mißstimmung in den Familien über diese von Seiten der Stadtverordneten und des Magistrats beantragte Verlegung des Friedhofes nach dem Nemper Felde sich fühlbar macht, und die Bürgerschaft unter allen Umständen erwartet, daß der Beschluß eines nach dem Nemper Felde beantragten Kirchhofes nicht zur Ausführung kommt, da ja die Stadt in der Nähe geeignete Plätze zur Verfügung hat, und zwar den ganzen Aker von Petrihof, auch der Herr Gutsbesitzer Gräber auf Torney gewiß bereit sein wird, dicht hinter dem Erzerzierplatz vor dem Berliner Thor soviel Aker zu Begräbnißplätzen zu verkaufen, als die Stadt für lange Jahre ausreichend gebraucht. Da die Kirchhofsangelegenheit nun gleichfalls eine Pietätsfrage ist, so erwarten wir von unsern Stadtverordneten unter allen Umständen, daß diese Angelegenheit nach dem allgemeinen Wunsche der Bürgerschaft erledigt wird, und der neue allgemeine Begräbnißplatz dicht vor dem Thore der Stadt, wie erwähnt, angelegt wird.

Mehrere Bürger.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 27. September, Nachmittags. Angelommene Schiffe: Louise, Hinge von Sunderland. Götha Lejon, Wahlgreen von Stockholm. Nordstern (SD), Wulff von Elbing. Wind: NW. Revier 14 1/2 F. Strom ausgehen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 28. Sept. Witterung: klare Luft. Temperatur + 11° R. Wind: SW.

Weizen steigend bezahlt, per 225 Pfd. loco gelber 90—103 R. bez., 83—85 Pfd. gelber September-October 96 1/2, 97 1/2, 1/4 R. bez., October-November 93 R. Dr., Frühjahr 89 1/2, 91 R. bez.

Roggen sehr fest, pr. 2000 vfo. loco 75—79 R. bez., 85 Pfd. 80 R. bez., September-October 72, 72 1/2, 73 1/2 R. bez., October-November 69, 70 1/2 R. bez., November-Dezbr. 66 1/2, 67 R. bez., Frühjahr 64, 65 R. bez.

Gerste loco per 1750 Pfd. Dberbruch 48—48 1/2, 1/2 R. bez., schlechte 48—50 1/2 R. bez., mährische und oberösterreichische 51—52 R. bez., extrafeine 52 1/2 R. bez., Frühjahr 69—70 Pfd. schief. 49 1/2, 1/2 R. Gd.

Hafers loco pr. 1300 Pfd. 31 1/2, 33 R. bez., 47—50 Pfd. 33 R. bez., September-October 32 1/2 R. bez., Frühjahr 32 1/2 R. bez.

Erbisen loco pr. 2250 Pfd. 66—72 R. bez., Frühjahr Futter-62 R. Gd.

Kabst matt, loco vom Lager 11 1/2 R. Dr., September-October 11 1/2, 1/4 R. bez., 1/4 R. Dr., October-November 11 1/4 R. Dr., November-Dezember do., April-Mai 11 1/2 R. Dr., 11 1/2 R. Gd.

Spiritus nahe Termine matt, spätere fest, loco ohne Faß 22 1/2, 1/2 R. bez., kurze Lieferung 22 1/2 R. bez., September u. Septbr. October 21 1/2 R. bez., 1/2 Gd., October-November 19 R. Gd., Frühjahr 18 1/2, 1/2 R. bez.

Petroleum loco 7 1/2 R. Dr., November 7 1/2, 1/2, 1/4 R. bez., Dr. u. Gd.

Angemeldet. 1000 Ctr. Rüßl. Regalirungspreise: Weizen 100, Roggen 77, Rüßl 11 1/2, Spiritus 21 1/2.

Landmarkt.

Weizen 90—98 R., Roggen 70—78 R., Gerste 46—51 R., Erbsen 66—72 R. per 25 Schfl., Hafer 30—35 R. per 26 Schfl., Stroh pr. Schock 7—8 R., Sen pr. Ctr. 15 bis 25 R. Kartoffeln 24—28 R.

Breslau, 27. September. Spiritus per 8000 Ralles 21 1/2. Weizen pr. September 85 R. Roggen pr. September 67 1/2, per Herbst 64. Rüßl pr. September-October 10 1/2. Raps pr. September 95 R. Zink fest. 11 R.

Hamburg, 27. September. Getreidemarkt. Vocogetreide fest, auf Termine sehr gefragt. Weizen per September 5400 Pfd. netto 174 R. Wochfr. Br., 172 R. Gd., pr. Herbst 162 R., 161 1/2 R. Gd. Roggen pr. September 5000 Pfd. Brutto 124 R., 123 R. Gd., pr. Herbst 122 R., 121 R. Gd. Hafer ruhig. Spiritus leblos. Del flau, loco 23 1/2, per October 23 1/2, per Mai 25. Raffee ruhig. Zink 2000 Ctr. loco a 14 R. 6 Sch., 1000 Ctr. loco mit wöchentlichem Empfangszeit a 14 R. 6 1/2 Sch.